

Bankkonto für alle kommt 2016

Obdachlose profitieren

BERLIN (dpa). Voraussichtlich schon Anfang 2016 sollen auch Flüchtlinge oder Obdachlose das Recht auf ein Bankkonto haben. Ein entsprechendes Gesetz könne voraussichtlich schon Anfang 2016 in Kraft treten und damit deutlich vor Ablauf einer Frist durch die zugrundeliegende EU-Richtlinie, sagte ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums am Samstag in Berlin.

Von dem neuen Gesetz sollen geduldete Flüchtlinge oder Menschen ohne festen Wohnsitz profitieren. Diese Gruppen haben bisher Schwierigkeiten, ein Konto zu bekommen, um darüber beispielsweise eine Mietwohnung zu bezahlen.

Weigern sich Banken künftig, ein Konto zu eröffnen, müssen sie den Plänen zufolge mit Konsequenzen rechnen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) soll Banken anweisen können, die Betroffenen als Kunden anzunehmen. Zur Durchsetzung soll auch ein Bußgeld verhängt werden können.

Das EU-Parlament hatte vor gut einem Jahr grünes Licht für das EU-weite Recht auf ein „Girokonto für Jedermann“ gegeben. Bislang gab es dazu nur freiwillige Selbstverpflichtungen der Banken.

Die sogenannte EU-Zahlungskontenrichtlinie sieht vor, dass innerhalb der Europäischen Union der Zugang zu einem Konto diskriminierungsfrei sein muss. Eigentlich wäre für die Umsetzung bis September nächsten Jahres Zeit geblieben. Nun solle ein Referentenentwurf bereits in diesem September das Kabinett passieren, so dass das Gesetz schneller kommen kann, so das Ministerium.

In Deutschland sind nach früheren Schätzungen etwa 670 000 Bürger ohne Konto, also knapp ein Prozent der Verbraucher. EU-weit konnten 25 bis 30 Millionen Bürger über 15 Jahren nach früheren Kommissionsangaben bisher kein Konto eröffnen, obwohl sie es möchten.

Verdi weitet Streik bei der Post aus

BONN/BERLIN (dpa). Im Streik bei der Deutschen Post will die Gewerkschaft Verdi die Muskeln spielen lassen. „Wir legen nach und holen jetzt Tag für Tag mehr Zusteller in den Arbeitskampf“, sagte die stellvertretende Verdi-Vorsitzende Andrea Kocsis. Die Gewerkschaft sieht sich auch für länger andauernde Streiks gewappnet. „Wie lange der Atem in dem Streik reicht – wie gut also die Streikkasse ausgestattet ist und welche Beträge an Streikende fließen –, wollte sie nicht sagen. Für jeden Verdi-Mitarbeiter im Ausstand zahlt die Gewerkschaft Unterstützung, aber keinen Lohnausfall. Dadurch müssen Streikende Einkommenseinbußen hinnehmen. Am Freitag befanden sich fast 18 000 Beschäftigte im Streik.“

Beihilfe zur Kapitalflucht

Wirtschaftsforscher Sinn hält Hilfen für Griechenland für sinnlos / Verhandlungen abgebrochen

VON UNSERER KORRESPONDENTIN DANIELA WEINGÄRTNER UND AFP

BRÜSSEL. Im griechischen Schuldendrama hat EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker einen Vermittlungsversuch abgebrochen. Es gebe bei den diskutierten Reformen für Griechenland einen deutlichen Unterschied zwischen den Plänen der Geldgeber und Athens, teilte ein Kommissionssprecher am Sonntagabend in Brüssel mit. Am Donnerstag sollten nun die Finanzminister der Eurogruppe bei ihrem Treffen in Luxemburg über die Lage beraten, sagte der Sprecher.

Es mehren sich derweil die Stimmen derer, die Griechenland aus der Eurozone herausfallen lassen wollen. Ein prominenter Befürworter dieses Weges ist der Wirtschaftspräsident Hans-Werner Sinn, der Chef des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Er zeigt in einer neuen Studie, warum das Rettungsprogramm die griechische Tragödie weiter verschlimmert und eine Lösung der drängendsten Probleme verschleppt hat.

Als Sinn die Arbeit seiner Mitarbeiter in Brüssel vorstellt, ist es vor allem eine Grafik, die die Zuhörer zum Nachdenken bringt. Die Gesamtverschuldung des Landes in Höhe von 325 Milliarden Euro setzt sich laut Sinn je zu einem Drittel aus dem Staatsdefizit, den Auslandsschulden und der Kapitalflucht zusammen. Dieser Analyse zufolge finanziert die Europäische Zentralbank die Kapitalflucht indirekt, indem sie griechische Banken durch ELA-Notfallkredite mit Liquidität versorgt und es ihnen dadurch weiter ermöglicht, zum Beispiel Hypothekenkredite auf griechische Immobilien auszugeben.

Ein Hausbesitzer in Athen kann seine Immobilie in bester Lage beleihen und die Euro auf ein sicheres ausländisches Konto transferieren. Sollte das Land bankrott gehen und die Drachme wieder eingeführt werden, trägt die Währungsgemeinschaft das Risiko. Denn der Hausbesitzer könnte seine Schulden in neuer griechischer Landeswährung zurückzahlen, das Auslandskonto mit harten Euro bliebe unangetastet. Die Währungsgemeinschaft könnte ihren Anspruch gegenüber der griechischen Bank nicht geltend machen, obwohl die als Sicherheit eingesetzte Immobilie in bester Lage weiterhin in Athen steht.

Dennoch plädiert Sinn für einen Austritt Griechenlands aus der Währungsunion, da die Zeche für die Gläubiger mit jedem Tag höher werde. Griechenlands Finanzminister Varoufakis habe diese Zusammenhänge sehr gut verstanden – Sinn hält ihn für einen brillanten Vertreter seines Fachs. „Spieltheoretiker wissen, dass sie auch den Plan B durchdenken müssen, denn er ist der Drohpunkt, von dem das Verhandlungsergebnis für Plan A maßgeblich abhängt“, schreibt Sinn.



Episches Ringen um die Rettung Griechenlands

FOTO: DPA

„Der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis arbeitet als Mann für das Grobe an Plan B, während Alexis Tsipras, sein Regierungschef, sich für Plan A zur Verfügung stellt. Das Rollenspiel gehört zur Strategie“, so Sinn. Es gehe darum, Plan B, also den Grexit, für die Gläubiger möglichst teuer zu machen. Die Kapitalflucht treibe den Preis hoch. Deshalb führe man nicht – wie bei der Finanzkrise in Zypern praktiziert – Kapitalverkehrskontrollen ein, die den Abfluss privaten Vermögens verhindern würden. So werde schrittweise privates Vermögen gegen öffentliche Schulden getauscht.

In monatelanger Kleinarbeit haben Sinns Mitarbeiter Daten von Eurostat ausgewertet und sind dabei zu dem Schluss gekommen, dass die Finanzspritzen von IWF und Eurozone die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands immer weiter geschwächt haben. Wäre der Kapitalfluss unterbrochen worden, hätten Löhne und Preise in der Krise sinken müssen. Dadurch wäre die Wettbewerbsfähigkeit des Lands verbessert worden. Passiert ist aber

genau das Gegenteil. Laut Sinn werden in Polen Stundenlöhne gezahlt, die genau der Hälfte des griechischen Lohnniveaus entsprechen. Deshalb seien griechische Waren und Dienstleistungen nicht mehr konkurrenzfähig. Das spiegelt auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt wider. Seit Beginn der Hilfsprogramme ist die Arbeitslosigkeit von acht auf 26 Prozent geklettert, die Jugendarbeitslosigkeit von 23 auf 50 Prozent.

Sollte die EZB den griechischen Banken nun den Geldhahn zudrehen, wäre der Schaden für die Gläubiger immens – mit oder ohne Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Denn nach den Berechnungen des Ifo-Instituts sind inzwischen 99 Milliarden Euro per Überweisung von griechischen Privatkonten abgeflossen, 43 Milliarden wurden in bar ins Ausland in Sicherheit gebracht. Das entspricht 79 Prozent des BIP von 2014.

Die Argumentation des Ifo-Instituts im Internet unter <http://mehr.bz/kapitalflucht>

Kein schneller Abschluss

Rückschlag für Obama

VON UNSEREM MITARBEITER CHRISTIAN MIHATSCH

CHIANG MAI. Die Bemühungen von US-Präsident Barack Obama, Handelsverträge mit anderen Ländern zu schließen, haben einen Rückschlag erlitten. Am Freitag hat das US-Repräsentantenhaus die sogenannte Trade Promotion Authority (TPA) mit 219 zu 211 Stimmen angenommen. Dieses Gesetz beschneidet die Möglichkeit des US-Parlaments, Handelsverträge abzuändern. Die Parlamentarier können einen Vertrag nur noch als Ganzes annehmen oder ablehnen. Eigentlich also ein gutes Signal für den Abschluss des Transpazifischen Freihandelsabkommens, das derzeit verhandelt wird.

Das TPA-Gesetz ist aber an ein anderes Gesetz gekoppelt und dieses wurde vom Repräsentantenhaus mit 126 zu 302 verworfen. Das zweite Gesetz regelt ein Hilfsprogramm für Arbeiter, die wegen höherer Importe in Folge eines Handelsvertrags ihre Stelle verlieren. Die massive Ablehnung dieses Hilfsprogramms ist auf eine Revolte in Obamas Demokratischer Partei zurückzuführen, obwohl Obama selbst ins Parlament gekommen war, um für das Gesetz zu werben. Die Fraktionschefin der Demokraten Nancy Pelosi sagte: „Egal was der Deal mit anderen Ländern ist, wir wollen einen besseren Deal für amerikanische Arbeiter.“ Aus Sicht des Weissen Hauses handelt es sich aber nur um einen temporären Rückschlag: „Zur Überraschung von sehr wenigen, hat es ein weiteres prozedurales Schlammfeld gegeben. Diese Verhinderungen sind typisch für das Repräsentantenhaus“, sagte Josh Earnest, ein Sprecher Obamas. Die Verabschiedung der TPA ist wichtig um die Transpazifische Partnerschaft TPP abschließen zu können. Dieser Handelsvertrag zwischen zwölf Ländern rund um den Pazifik ist fast fertig.

Schweizer lehnen neue Erbschaftsteuer ab

BERN (dpa). In der Schweiz bleiben Millionen-Erbschaften für direkte Nachkommen weitgehend steuerfrei. Die Volksinitiative für eine nationale Erbschaftsteuer verfehlte bei einer Volksabstimmung am Sonntag klar die Mehrheit. Laut Hochrechnung des Forschungsinstituts gfs.bern lehnten mehr als 70 Prozent der Eidgenossen eine solche Steuer ab. Die Initiatoren aus dem Kreis der Sozialdemokraten und Gewerkschaften wollten eine einheitliche Erbschafts- und Schenkungssteuer von 20 Prozent auf Summen von mindestens zwei Millionen Franken. Die Steuer sollte jährlich rund drei Milliarden Franken in die Kassen spülen. Wirtschaft und bürgerliche Parteien lehnten die Pläne ab.

Was ist so attraktiv an deutschen Warenhäusern?

Ausländische Investoren strecken ihre Hände nach dem Kaufhof aus / Bei Karstadt ist schon eine italienische Gruppe eingestiegen

ESSEN. Deutsche Warenhäuser im Visier internationaler Investoren: Mit der Central Group aus Thailand und dem kanadischen Handelskonzern Hudson's Bay strecken derzeit zwei hierzulande noch weitgehend unbekannte ausländische Unternehmen ihre Fühler ins schwierige Warenhaus-Geschäft aus. 2014 hatte bereits der Österreicher René Benko Karstadt übernommen.

Nach Medienberichten soll das kanadische Unternehmen mittlerweile als aussichtsreichster Bewerber im Rennen um die Metro-Warenhaustochter Kaufhof gelten. Interesse an Kaufhof hat allerdings auch die Benko-Holding Signa angemeldet – und sieht sich weiterhin im Rennen. Bereits in der kommenden Woche könnte eine Einigung verkündet werden, berichtet das Handelsblatt. Bislang gibt sich der Mutterkonzern Metro bedeckt.

Doch bei einem möglichen Kaufhof-Verkauf sind die Hürden hoch: Als Voraussetzung für einen Verkauf gilt, dass ein potenzieller Käufer einen angemessenen Preis, eine solide Finanzierung und ein schlüssiges Zukunftskonzept bietet.

Der kanadische Warenhauskonzern betreibt unter anderem die Luxuskaufhäuser Saks Fifth Avenue. Nach einer bereits vorliegenden ersten Offerte des Unternehmens werde in der zweiten Juni-Hälfte mit der Vorlage eines sorgfältig ausgearbeiteten Papiers gerechnet, das dem Metro-Vorstand dann als Entscheidungsgrundlage dienen könnte, hatte Die Welt unter Berufung auf Insider berichtet. Als wichtigster Konkurrent der Kanadier im Rennen um Kaufhof gilt der



Weckt Interesse im Ausland – Kaufhof. FOTO: DPA

zeit Karstadt-Eigner Benko, der nach Medienberichten über sein Unternehmen Signa Retail ein Kaufangebot über 2,9 Milliarden Euro für den Rivalen abgegeben haben soll. In ähnlicher Größenordnung soll sich den Berichten zufolge auch das

Angebot von Hudson's Bay bewegen.

Spekulationen ranken sich laut Handelsblatt auch um ein Interesse der Thailänder an Kaufhof. Erst in dieser Woche war die Central Group über ihre italienische Tochter La Rinascente mit 50,1 Prozent bei Benkos Luxuswarenhaus-Gruppe eingestiegen. Die Zeitung fragte: „Hat sich Benko so einen potenziellen Rivalen im Kampf um Kaufhof geschickt zum Partner gemacht?“

Experten sehen das Feilschen um den deutschen Warenhausmarkt jedoch skeptisch. „Ich kann die zugrundeliegende Strategie nicht erkennen“, sagt Handelsfachmann Thomas Roeb von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Die Krise der Warenhäuser in Deutschland dauere

nun schon seit den 1980er Jahren, und bislang sei noch kein durchschlagendes Rezept dagegen gefunden worden. Immerhin gelte Deutschland als schwierigster Handelsmarkt in Europa. „Manchen der ausländischen Interessenten fehlt vielleicht schlicht der historische Hintergrund“, glaubt Roeb.

„Dass internationale Handelsunternehmen auf den deutschen Warenhausmarkt schielen, ist eine neue Entwicklung“, sagt Niklas Reinecke vom Marktanalyse-Unternehmen Planet Retail. Wenn ein ausländisches Unternehmen jedoch Expertise mitbringe, sei das Geschäft nicht von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Derzeit sei die Lage jedoch noch sehr undurchsichtig. „Das Warenhaus-Thema ist höchst brisant. Da passiert vieles hinter verschlossenen Türen“, vermutet Reinecke. *Uta Knapp (dpa)*